

Für die Sitzung der Universitätsvertretung
der Universität Wien, am 25. März 2022



Gegen anti-muslimischen Rassismus

Im November des letzten Jahres fand die Ausstellung Muslim*Contemporary an der Akademie für bildende Künste in Wien statt. Die Ausstellung hat muslimisches und muslimisch gelesenes Leben in Österreich gefeiert, sowie über Identität und Rassismus gesprochen. Im Zuge dieser Ausstellung wurde auch ÖVP-Politik kritisiert, unter anderem "Operation Luxor", eine der größten polizeilichen Aktionen in der Geschichte der Zweiten Republik, bei der explizit bei muslimischen Haushalten Hausdurchsuchungen durchgeführt wurden. Die Aktion wurde inzwischen für rechtswidrig erklärt.

Anstatt sich diese Kritik zu Herzen zu nehmen und offensichtlichen anti-muslimischen Rassismus in den eigenen Reihen zu bekämpfen, unterstellt die ÖVP der Ausstellung ein "Naheverhältnis zum politischen Islam": ÖVP-Generalsekretärin Laura Sachslehner und Wiener ÖVP Politikerin Caroline Hungerländer begründen dies mit "Wenn wir sagen, dass es anti-muslimischen Rassismus gibt, dann übernehmen wir den Narrativ des politischen Islams." Hier bedient sich die ÖVP der rechtsextremen 'Logik' der amerikanischen Republikaner "You know, who talks about racism? RACISTS!!"

Weiters unterstellt die ÖVP den beiden Politikerinnen Mireille Ngoosso und Faika El-Nagashi "linksextreme Gewaltbereitschaft" mit einer nicht weniger verdrehten Logik als Begründung: Auf einem Foto der Ausstellung sind beide Politikerinnen mit erhobener Faust zu sehen. Die erhobene Faust sei laut ÖVP ein Zeichen für "Linksextreme Gewaltbereitschaft". In der Realität jedoch ist die erhobene Faust ein bekanntes Zeichen für den politischen Kampf für die Rechte Schwarzer Menschen. Generell ist die erhobene Faust ein Zeichen zahlreicher Menschenrechtsbewegungen für Gleichberechtigung, was die Dämonisierungsversuche dieses Symbols durch die ÖVP (nicht) überraschend macht.

Diese Angriffe der ÖVP auf Kunstfreiheit, die muslimische Zivilgesellschaft, Künstler_innen und Politiker_innen of Color haben in unserer Gesellschaft keinen Platz.

All das ist jedoch nur eine weitere Blendgranate der ÖVP um von ihrer eigenen rassistischen Politik abzulenken. Kurz davor wurden Regierungs-Sideletter bekannt, in denen Posten gegen die Einführung eines Kopftuchverbots eingetauscht werden. Ihren eigenen Rassismus stellt die ÖVP somit nicht einmal

als Diskussionsgegenstand in die öffentliche Debatte, sondern versteckt ihn in Geheimabsprachen.

Die erste ordentliche Sitzung der Universitätsvertretung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien im Sommersemester 2022 möge beschließen:

- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien solidarisiert sich mit antirassistischen Organisationen, Aktivist_innen und Initiativen, wie auch der Ausstellung Muslim*Contemporary und unterschreibt deren offenen Brief "ÖVP-Angriff auf die Freiheit der Kunst in den Räumen einer Universität". Weiters soll Kontakt zu den Veranstalter_innen aufgenommen werden und gemeinsam Öffentlichkeitsarbeit zur Aufklärung und Verurteilung von anti-muslimischem Rassismus koordiniert werden.
- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien verurteilt die rassistischen und islamophoben Aussagen und Unterstellungen der ÖVP-Politiker_innen Laura Sachslehner und Caroline Hungerländer, dass die Ausstellung ein "Naheverhältnis zum politischen Islam" hätte und dass über antimuslimischen Rassismus zu reden, die Übernahme von Narrativen des politischen Islams sei.
- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien verurteilt die rassistische Politik der Bundesregierung, wie zum Beispiel das Kopftuchverbot, die in den veröffentlichten Sidelettern bekannt wurde.
- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien fordert die ÖVP auf, den tiefgehenden Rassismus in ihren eigenen Reihen öffentlich aufzuarbeiten und zu bekämpfen, sowie eine öffentliche Entschuldigung der ÖVP an alle durch diese Aussagen "Islamistisch" stigmatisierten Muslim_innen Österreichs.
- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien bekennt sich zu einer offenen und antirassistischen Gesellschaft und setzt sich auch im hochschulpolitischen Bereich für eine antirassistische Praxis ein.
- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien verurteilt die Rückratlosigkeit der Grünen ein Kopftuchverbot gegen Posten zu tauschen und bemüht sich um eine Beteiligung an dem offenen Brief der ÖH Bundesvertretung an die Grünen.